

## A13 Wir eröffnen Chancen und sichern den Zusammenhalt (Das Labor der Zukunft: Studium und Hochschulen)

Antragsteller\*in: LaVo

### Antragstext

1 Thüringen hat eine innovative und vielfältige Wissenschafts- und  
2 Hochschullandschaft, ist reich an Geschichte und gut aufgestellt für die  
3 Zukunft. Unter grüner Regierungsbeteiligung wurde die Erhöhung der jährlichen  
4 Mittelsteigerungen von einem auf vier Prozent vervielfacht. Damit wurde ein  
5 Kurswechsel zu einer langfristigen Sicherung einer stabilen Grundfinanzierung  
6 der Hochschulen vollzogen und die materiellen Möglichkeitsräume für Forschende  
7 sowie Studierende erweitert. Im neuen Hochschulgesetz wurden die demokratischen  
8 Strukturen der Hochschulen, die Mitbestimmungsmöglichkeiten und die Autonomie  
9 der Hochschulen gestärkt. Hochschulen können dadurch autonom ihr eigenes Profil  
10 schärfen sowie den Ansprüchen von guter Lehre und guter Forschung besser gerecht  
11 werden. Auch das Studierendenwerk kann dank gesteigerter finanzieller Ausstattung  
12 seine Aufgaben von Wohnheimen über Mensen bis zu Beratungsangeboten besser  
13 erfüllen. Durch die Einführung der Assistent\*innenräte haben wir einen wichtigen  
14 Schritt gemacht, um gute Arbeitsbedingungen für Hilfskräfte zu erreichen. Diesen  
15 Weg werden wir weitergehen.

16 Grüne Wissenschafts- und Hochschulpolitik heißt, dass Wissenschaft und Forschung  
17 in Balance von Freiheit und Verantwortung gestaltet werden. Wir wollen  
18 Thüringens Attraktivität für Studierende sowie das Innovationspotenzial der  
19 Hochschulen weiter ausbauen. Dafür braucht es insbesondere eine ausreichende  
20 Grundfinanzierung der Hochschulen, sichere sowie faire Arbeitsbedingungen,  
21 qualitativ hochwertige Studienbedingungen und eine Kultur der Offenheit und  
22 Demokratie in allen Institutionen der Forschung und Lehre in Thüringen. Dies  
23 sind für uns die Grundlagen einer inspirierenden und innovativen Lehr- und  
24 Lernumgebung und dafür, dass exzellente Wissenschaftlicher\*innen nach Thüringen  
25 kommen (und bleiben), um die Qualität und das Innovationspotenzial von Forschung  
26 und Lehre an Thüringens Hochschulen dauerhaft sicherzustellen. Um dies voran zu  
27 bringen und Thüringen als Wissenschaftsstandort zukunftsfest zu machen, werden  
28 wir uns in der kommenden Legislaturperiode in der Wissenschafts- und  
29 Hochschulpolitik vor allem für folgende Themen einsetzen:

30 Verbesserte Studienbedingungen, Bildungsgerechtigkeit und exzellente Lehre:

31 Wer die Zukunft erforscht, braucht dafür moderne Rahmenbedingungen. Als  
32 wichtiges Bindeglied zwischen klassischem universitärem Studium und Ausbildung  
33 sowie zwischen Theorie und Praxis hat sich die Duale Hochschule Gera-Eisenach  
34 etabliert. Mit der Aufnahme in die Hochschullandschaft 2016 haben wir nicht nur  
35 die Vielfalt der Thüringer Hochschullandschaft vergrößert, sondern auch eine  
36 wichtige Brücke zwischen Betrieben und Hochschulen geschlagen. Die  
37 Einschreibungszahlen und die Nachfrage der Unternehmen zeigen, dass das Duale  
38 Studium ein Modell der Zukunft ist. Es sichert Arbeitsplätze im Land und macht  
39 es für junge Menschen attraktiv, nach Thüringen zu kommen und hier zu bleiben.  
40 Wir setzen uns für einen Ausbau der Kapazitäten der Dualen Hochschule ein, um  
41 der hohen Nachfrage gerecht werden zu können. Gleichzeitig bietet sich die  
42 Chance, dass kleine und mittlere Betriebe außerhalb der großen Städte ihre  
43 eigenen Fachkräfte ausbilden. Um die Studienplatz- und Studienortwahl

44 attraktiver zu machen, wollen wir die Mindestausbildungsvergütung erhöhen, damit  
45 Bildung nicht am Geld scheitert.

46 Immer mehr junge Leute entscheiden sich in den unterschiedlichsten  
47 Lebenssituationen für ein Studium. Egal welche Motivation, egal welcher  
48 Hintergrund: Für gute Bildung die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen, ist  
49 unser Ziel. Dabei spielt es für uns keine Rolle, ob es um berufliche oder  
50 akademische Bildung geht. Die Übergänge zwischen beiden sind fließender  
51 geworden. Für uns sind diese Bildungswege gleichermaßen wertvoll und wichtig.  
52 Schon jetzt steht der Zugang zum Studium für beruflich Qualifizierte auch ohne  
53 Abitur oder Fachhochschulreife unter bestimmten Bedingungen offen. Wir wollen  
54 weitere Hürden, aber auch formelle Anforderungen wie die Note , weiter  
55 reduzieren sowie die Durchlässigkeit im Bildungssystem erhöhen und damit  
56 individuelle Studien- und Karrierewege eröffnen. Hierbei wollen wir es  
57 ermöglichen mit der Fachhochschulreife universitäre Studiengänge zu belegen.  
58 Dazu werden wir auch die beratenden und begleitenden Angebote, wie  
59 Orientierungsstudiengänge und Einführungskurse, ausbauen. Die Betreuung von  
60 Studierenden und Promovierenden soll mit der Weiterentwicklung der  
61 Strukturentwicklungspläne verbessert werden. Zum Abbau von Hürden gehört auch,  
62 dass allen Absolvent\*innen mit Bachelor-Abschluss der Zugang zum Masterstudium  
63 offen stehen soll und Studierende an Fachhochschulen leichter promoviert werden  
64 können. Hierfür werden wir die Fachhochschulen mit ausreichenden Mitteln  
65 ausstatten. Um die Qualität von Studiengängen sicherzustellen, soll der Fokus  
66 der Akkreditierung auf der Studienqualität und Chancengerechtigkeit liegen und  
67 die Akkreditierung auf eine Systemakkreditierung umgestellt werden, bei der die  
68 Qualitätssicherungssysteme der Hochschulen begutachtet werden.

69 Der Studienzugang, unter alleiniger Berücksichtigung der Note, ist nicht mehr  
70 zeitgemäß. Dadurch werden Hochschulzugangsberechtigte benachteiligt, welche  
71 beispielsweise aus nichtAkademiker\*innenfamilien kommen, über den zweiten  
72 Bildungsweg kommen oder zu Schulzeiten nicht ideale Förderbedingungen hatten.  
73 Deshalb verzichten viele bereits auf eine Bewerbung, um die begehrten Plätze.  
74 Statt über Quotenregelungen muss die Barriere für die Zulassung im generellen  
75 Verfahren vereinfacht und gemäß der Eignung der Bewerber\*innen ausgestaltet  
76 werden. Dafür sollen die Ziel- und Leistungsvereinbarungen der Hochschulen über  
77 ein Inovationsbudget ein Anreiz zur Umstellung auf Zulassungsverfahren mit  
78 Eignungstest geboten werden. Ab der Rahmenvereinbarung VI sollen die Eignungstest  
79 als fester Teil des Leistungsbudgets werden. Zudem unterstützt die  
80 Landesregierung die Hochschulen dabei, die Umstellung rechtssicherer  
81 Eignungstest zu gestalten.

82 Gute Rahmenbedingungen des Studierens:

83 Viele Studierende arbeiten parallel zum Studium, haben Kinder oder andere  
84 familiäre Verpflichtungen. Für sie wollen wir die Bewältigung des Studienalltags  
85 erleichtern, zum Beispiel durch Vorrang bei der Einschreibung in  
86 Lehrveranstaltungen. Teilzeitstudien und berufsbegleitende Studiengänge sollen  
87 stärker gefördert werden. Die finanzielle Absicherung ist für viele Studierende  
88 ein großes Problem. Bildung darf nicht am Geld scheitern. Wir setzen uns deshalb  
89 im Bund dafür ein, dass mehr Studierende, zum Beispiel auch in  
90 Teilzeitstudiengängen, Bafög erhalten und davon auch leben können. Wir bestehen  
91 darauf, dass es weiterhin keine Studiengebühren gibt und dass auch die  
92 Langzeitstudiengebühren abgeschafft werden. Entfallende Mittel sollen den

93 Hochschulen aus dem Landeshaushalt ausgeglichen werden. Studieren insgesamt,  
94 aber auch studienbezogene Auslandsaufenthalte oder Praktika dürfen nicht vom  
95 Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Deshalb fordern wir eine Unterstützung  
96 studienbezogene Auslandsaufenthalte finanziell schwächerer Studierender durch  
97 Landesmittel. Steigende Mieten belasten Studierende zusätzlich. Wir werden die  
98 Schaffung von weiterem Wohnraum fördern, sowie die Sanierung des Bestandes  
99 vorantreiben. Dabei gilt, das Studierendenwerk als staatliche Einrichtung soll  
100 ein Vorbildfunktion einnehmen und strikt nach Kriterien des ökologischen Bauen  
101 agieren. Zudem ist es Aufgabe des Studierendenwerks Wohnprojekte und Konzepte,  
102 wie "Wohnen für Hilfe", zu unterstützen. Das Studierendenwerk werden wir weiter  
103 angemessen finanziell ausstatten und wollen insbesondere die Förderung sozialer  
104 Angebote, zum Beispiel Kinderbetreuung oder psychosoziale Beratung, ausbauen.  
105 Zur Stärkung studentischer Hilfe und Selbsthilfe wollen wir den Anteil der  
106 Studierenden im Verwaltungsrat erweitern. Das Studierendenwerk hat in den  
107 letzten Jahren einen Kurs der Nachhaltigkeit hin zu regionalen, fair gehandelten  
108 Bio-Produkten eingeschlagen, den wir unterstützen werden. Gleichzeitig soll das  
109 tägliche ein veganes Angebot in den Mensen aller Hochschulen vom  
110 Studierendenwerk erweitert werden.

111 Eine Verlässliche Finanzierung der Hochschulen für eine innovative und  
112 zukunftssichernde Forschung:

113 Unsere Hochschulen und dualen Ausbildungsstätten brauchen eine verlässliche  
114 Finanzierung, um ihren Erfindungsgeist bestmöglich freizusetzen. Mit der  
115 Verbesserung der Grundfinanzierung sind wir einen ersten Schritt gegangen. Der  
116 Verstärkung des Hochschulpakts im zukunftsvertrag Studium und Lehre muss -  
117 bspw. über mehr Dauerstellen zu einer nachhaltigen Steigerung der Qualität des  
118 Studiums führen. Wir wollen keine Fokussierung der Wissenschaft auf Elite-  
119 Forschung oder Elite-Hochschulen, deshalb treten wir dafür ein, dass die  
120 Exzellenzinitiative sowie das Deutschlandstipendium abgeschafft und diese Gelder  
121 für den Globalhaushalt der Hochschulen bereitgestellt werden. Wir werden die  
122 Grundfinanzierung und die Investitionsmöglichkeiten der Hochschulen, unter  
123 anderem in die Infrastruktur, in Instandhaltung und Renovierung, ausbauen. Die  
124 Autonomie der Universitäten und Hochschulen gerade im davor genannten Bereich  
125 muss gefördert werden. Drittmittelakquise ersetzt nicht die Verantwortung des  
126 Landes für die Finanzierung der Hochschulen, sondern ergänzt diese. Die  
127 Richtlinie im Bezug auf soziale und ökologische Verantwortung für die Vergabe  
128 privater Fördergelder muss strenger werden und jede private Förderung öffentlich  
129 gemacht werden. Drittmittelförderung und Stiftungsprofessuren müssen einem  
130 Kontrollmechanismus unterliegen, um Wissenschaftsadäquanz zu gewährleisten und  
131 wissenschaftsfeindliche Einflussnahme auf Lehr- und Forschungstätigkeit zu  
132 unterbinden. Die Hochschulen müssen sich gemeinsam mit den Fördermittelgebern  
133 auf volle Transparenz verpflichten, insbesondere im Hinblick auf Förderzwecke,  
134 Mitspracherechte der Geldgeber\*innen innerhalb der Hochschulen, Zugänglichkeit  
135 der Forschungsergebnisse, Herkunft der Gelder und möglicher NSVergangenheit. Die  
136 Landesregierung muss im Rahmen der Rechtsaufsicht Verträge mit  
137 Fördermittelgebern auf problematische Vertragsbestandteile, wie der Unterwerfung  
138 außereuropäischen Rechts, prüfen und auf öffentliche Zugänglichkeit der  
139 Forschungsergebnisse hinwirken. Wettbewerbsorientierte Finanzierungsmodelle  
140 müssen auf ihre Wirksamkeit geprüft werden. Das konkurrenzorientierte Einwerben  
141 von Drittmitteln darf nicht dazu führen, dass das Schreiben von  
142 Forschungsanträgen die Forschung und Lehre selbst zeitlich erheblich

143 einschränken. Wir BÜNDNISGRÜNE wollen einer Ökonomisierung der Hochschulen  
144 entgegenwirken. Dazu zählen die Abschaffung von Gewinnzielen und die Reduktion  
145 des Drittmittelzwangs. Bei der Verhandlung zu Zielvereinbarungen müssen diese  
146 insbesondere die Aspekte faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und soziale  
147 wie ökologische Nachhaltigkeit, anstelle von Regelstudienzeit und  
148 Erstsemesterzahlen einbeziehen.

149 Demokratische Hochschulstrukturen:

150 Wissenschaft und Forschung brauchen Freiheit, um gewagte Forschungsideen zu  
151 erproben oder Grenzen der Disziplinen auszuloten. Garant dieser Freiheit sind  
152 Autonomie, Selbstverwaltung und demokratische Verfasstheit der Hochschulen. Sie  
153 erlauben die demokratische sowie Hierarchiearme Mitgestaltung durch alle  
154 Hochschulangehörigen und schützen die Wissenschaft vor unzulässiger Einmischung  
155 von außen. Zur Stärkung von Autonomie Demokratie werden wir die paritätische  
156 Mitbestimmung auf alle nach ThürHG anerkannten Statusgruppen an den Hochschulen  
157 ausweiten, sowie die Abschaffung der Hochschulräte forcieren. Dies kann  
158 beispielsweise über Studienkommissionen geschehen, in die Lehrende und Lernende  
159 paritätisch eingebunden sind. Wir wollen an den Hochschulen die Möglichkeit  
160 studentischer Vizepräsidentschaft ausbauen und ein allgemeinpolitisches Mandat  
161 für die verfassten Studierendenschaften ermöglichen. Auch für Promovierende  
162 sollen die Vertretungsmöglichkeiten und Selbstverwaltungsstrukturen ausgebaut  
163 und etabliert werden. An allen Thüringer Hochschulen haben politische  
164 Hochschulgruppen zulässig zu sein. Chancengleichheit und  
165 Antidiskriminierungsstrategien sollen an den Hochschulen und  
166 Forschungseinrichtungen ausgebaut werden. Deshalb muss Barrierefreiheit gegeben  
167 sein und auch Mentoringprogramme können hierbei helfen. Wir treten für eine  
168 Steigerung des Frauen-, Inter- Nicht-binär und Transanteils in  
169 Statusgruppenvertretungen und bei der Neubesetzung von Professor\*innenstellen,  
170 insbesondere in MINT-Fächern, ein. Zudem gilt es nichtAkademiker\*innenkinder  
171 besser zu fördern, sei es bei Aufnahme des Studiums, der Reduktion der  
172 Studienabrecher\*innen oder bei der Durchlässigkeit auf dem Karriereweg in der  
173 Wissenschaft. Dazu müssen Land, Studierendenwerk und Hochschulen eng  
174 zusammenarbeiten. Über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen soll den  
175 Hochschulen hierzu ein finanzieller Anreiz geboten werden. Außerdem braucht es  
176 einen Aktionsplan des Landes zu Unterstützung der Hochschulen. Unser Ziel ist  
177 eine vielfältige, diskriminierungsfreie und couragierte Wissenschaft auf der  
178 Grundlage rechtsstaatlicher Werte und in kollegialer, respektvoller wie auch  
179 kritischer Kooperation aller Lernenden, Lehrenden und Forschenden.

180 In diesem Zusammenhang wollen wir das Bildungszentrum der Polizei in Meiningen  
181 eigenständig rechtfähig machen und in wesentlichen Teilen an das  
182 Wissenschaftsministerium angliedern. Wir setzen uns für verlässliche Regeln zur  
183 Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen Geflüchteter ein. Wir wollen  
184 ein Studium für Geflüchtete ermöglichen, die kein Abschlusszeugnis vorweisen  
185 können (z.B. weil es im Herkunftsland eingezogen wurde), aber die nötigen  
186 Kompetenzen aufweisen. Außerdem wollen wir internationalen Austausch und  
187 internationale Kooperationen fördern. Verfolgte Wissenschaftler\*innen müssen  
188 geschützt werden und Hochschulen ein Ort der Aufklärung bleiben.

189 Arbeitsbedingungen an Hochschulen dauerhaft verbessern:

190 Exzellente Forschung basiert auf sicheren, fairen und attraktiven  
191 Arbeitsbedingungen. Unseren Hochschulen fehlt es an Perspektiven für den  
192 akademischen Nachwuchs. Ursache dafür sind unattraktive Arbeitsbedingungen und  
193 der Mangel an Zukunftssicherheit und Planbarkeit. Angesichts von Befristungen,  
194 Kurzzeitverträgen mit unsicheren Anschlussfinanzierungen, halben und  
195 Viertelstellen mit voller Arbeitsbelastung und geringer Bezahlung entscheiden  
196 sich viele junge Menschen stattdessen für eine Tätigkeit in der Wirtschaft.  
197 Lösungen für dieses Problem müssen auch bei der Organisation wissenschaftlicher  
198 Arbeit gesucht werden. Deshalb unterstützen wir Hochschulen, die kollegiale  
199 Departmentstrukturen mit flachen Hierarchien und gemeinsamer demokratischer  
200 Verantwortung einführen wollen, bei der Schaffung der rechtlichen  
201 Rahmenbedingungen in diesem Prozess. Unsichere und prekäre Arbeitsbedingungen  
202 für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir reduzieren. Unsichtbare und  
203 selbstausbeuterische Arbeit wie das nicht finanzierte Schreiben von Anträgen  
204 muss verhindert werden. Unterhalb der Professur soll es mehr Dauerstellen geben.  
205 Die Laufzeit von Qualifikationsstellen soll sich an der angestrebten  
206 Qualifikation orientieren. Wir setzen uns in Land und Bund dafür ein,  
207 unterschiedliche Karrierepfade in die Wissenschaft zu öffnen, die Habilitation  
208 zu reformieren und die Juniorprofessur mit Tenure-Track zu stärken. Die  
209 Gehaltsstufen von Professuren sollen an das bundesweite Gehaltsniveau angepasst  
210 werden, damit Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern attraktiv bleibt.  
211 Lehrbeauftragte und studentische Hilfskräfte müssen ihren tatsächlichen  
212 Leistungen entsprechend bezahlt werden. Insgesamt setzen wir uns für verbesserte  
213 Arbeitsbedingungen von Hilfskräften – unter anderem durch längere  
214 Vertragslaufzeiten und einen höheren Stundenlohn – ein, um wissenschaftlichen  
215 Nachwuchs zu fördern und nebenberufliche Beschäftigung an Universitäten für mehr  
216 Personen attraktiv zu gestalten. Wir unterstützen, dass sich Hochschulen Kodizes  
217 für faire Arbeitsbedingen – angelehnt an den Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in  
218 der Wissenschaft“ – geben, die regelmäßig überprüft werden.

219 Vielfalt und Verantwortung in der Forschung und Digitalisierung:

220 Gute Rahmenbedingungen des Studierens:

221 Viele Studierende arbeiten parallel zum Studium, haben Kinder oder andere  
222 familiäre Verpflichtungen. Für sie wollen wir die Bewältigung des Studienalltags  
223 erleichtern, zum Beispiel durch Vorrang bei der Einschreibung in  
224 Lehrveranstaltungen. Teilzeitstudien und berufsbegleitende Studiengänge sollen  
225 stärker gefördert werden. Die finanzielle Absicherung ist für viele Studierende  
226 ein großes Problem. Bildung darf nicht am Geld scheitern. Wir setzen uns deshalb  
227 im Bund dafür ein, dass mehr Studierende, zum Beispiel auch in  
228 Teilzeitstudiengängen, Bafög erhalten und davon auch leben können. Wir bestehen  
229 darauf, dass es weiterhin keine Studiengebühren gibt und dass auch die  
230 Langzeitstudiengebühren abgeschafft werden. Entfallende Mittel sollen den  
231 Hochschulen aus dem Landeshaushalt ausgeglichen werden.

232 Studieren insgesamt, aber auch studienbezogene Auslandsaufenthalte oder Praktika  
233 dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Deshalb fordern wir eine  
234 Unterstützung studienbezogene Auslandsaufenthalte finanziell schwächerer  
235 Studierender durch Landesmittel.

236 Steigende Mieten belasten Studierende zusätzlich. Wir werden die Schaffung von  
237 weiterem Wohnraum fördern, sowie die Sanierung des Bestandes vorantreiben. Dabei

238 gilt, das Studierendenwerk als staatliche Einrichtung soll ein Vorbildfunktion  
239 einnehmen und strikt nach Kriterien des ökologischen Bauen agieren. Zudem ist es  
240 Aufgabe des Studierendenwerks Wohnprojekte und Konzepte, wie "Wohnen für Hilfe",  
241 zu unterstützen.

242 Das Studierendenwerk werden wir weiter angemessen finanziell ausstatten und  
243 wollen insbesondere die Förderung sozialer Angebote, zum Beispiel  
244 Kinderbetreuung oder psychosoziale Beratung, ausbauen. Zur Stärkung  
245 studentischer Hilfe und Selbsthilfe wollen wir den Anteil der Studierenden im  
246 Verwaltungsrat erweitern.

247 Das Studierendenwerk hat in den letzten Jahren einen Kurs der Nachhaltigkeit hin  
248 zu regionalen, fair gehandelten Bio-Produkten eingeschlagen, den wir  
249 unterstützen werden. Gleichzeitig soll das tägliche vegane Angebot in den Mensen  
250 aller Hochschulen vom Studierendenwerk erweitert werden.

251 Eine Verlässliche Finanzierung der Hochschulen für eine innovative und  
252 zukunftssichernde Forschung:

253 Unsere Hochschulen und dualen Ausbildungsstätten brauchen eine verlässliche  
254 Finanzierung, um ihren Erfindungsgeist bestmöglich freizusetzen. Mit der  
255 Verbesserung der Grundfinanzierung sind wir einen ersten Schritt gegangen. Der  
256 Verstärkung des Hochschulpakts im zukunftsvertrag Studium und Lehre muss -  
257 bspw. über mehr Dauerstellen zu einer nachhaltigen Steigerung der Qualität des  
258 Studiums führen. Wir wollen keine Fokussierung der Wissenschaft auf Elite-  
259 Forschung oder Elite-Hochschulen, deshalb treten wir dafür ein, dass die  
260 Exzellenzinitiative sowie das Deutschlandstipendium abgeschafft und diese Gelder  
261 für den Globalhaushalt der Hochschulen bereitgestellt werden. Wir werden die  
262 Grundfinanzierung und die Investitionsmöglichkeiten der Hochschulen, unter  
263 anderem in die Infrastruktur, in Instandhaltung und Renovierung, ausbauen. Die  
264 Autonomie der Universitäten und Hochschulen gerade im davor genannten Bereich  
265 muss gefördert werden. Drittmittelakquise ersetzt nicht die Verantwortung des  
266 Landes für die Finanzierung der Hochschulen, sondern ergänzt diese. Die  
267 Richtlinie im Bezug auf soziale und ökologische Verantwortung für die Vergabe  
268 privater Fördergelder muss strenger werden und jede private Förderung öffentlich  
269 gemacht werden. Drittmittelförderung und Stiftungsprofessuren müssen einem  
270 Kontrollmechanismus unterliegen, um Wissenschaftsadäquanz zu gewährleisten und  
271 wissenschaftsfeindliche Einflussnahme auf Lehr- und Forschungstätigkeit zu  
272 unterbinden. Die Hochschulen müssen sich gemeinsam mit den Fördermittelgebern  
273 auf volle Transparenz verpflichten, insbesondere im Hinblick auf Förderzwecke,  
274 Mitspracherechte der Geldgeber\*innen innerhalb der Hochschulen, Zugänglichkeit  
275 der Forschungsergebnisse, Herkunft der Gelder und möglicher NS-Vergangenheit.  
276 Die Landesregierung muss im Rahmen der Rechtsaufsicht Verträge mit  
277 Fördermittelgebern auf problematische Vertragsbestandteile, wie der Unterwerfung  
278 außereuropäischen Rechts, prüfen und auf öffentliche Zugänglichkeit der  
279 Forschungsergebnisse hinwirken.

280 Wettbewerbsorientierte Finanzierungsmodelle müssen auf ihre Wirksamkeit geprüft  
281 werden. Das konkurrenzorientierte Einwerben von Drittmitteln darf nicht dazu  
282 führen, dass das Schreiben von Forschungsanträgen die Forschung und Lehre selbst  
283 zeitlich erheblich einschränken.

284 Wir BÜNDNISGRÜNE wollen einer Ökonomisierung der Hochschulen entgegenwirken.  
285 Dazu zählen die Abschaffung von Gewinnzielen und die Reduktion des

286 Drittmittelzwangs. Bei der Verhandlung zu Zielvereinbarungen müssen diese  
287 insbesondere die Aspekte faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellung und soziale  
288 wie ökologische Nachhaltigkeit, anstelle von Regelstudienzeit und  
289 Erstsemesterzahlen einbeziehen.

290 Demokratische Hochschulstrukturen und Diversität:

291 Wissenschaft und Forschung brauchen Freiheit, um Forschungsideen zu erproben  
292 oder Grenzen der Disziplinen auszuloten. Garant dieser Freiheit sind Autonomie,  
293 Selbstverwaltung und demokratische sowie hierarchiearme Verfasstheit der  
294 Hochschulen. Sie erlauben die

295 demokratische Mitgestaltung durch alle Hochschulangehörigen und schützen die  
296 Wissenschaft vor unzulässiger Einmischung von außen. Zur Stärkung von Autonomie  
297 und Demokratie werden wir die paritätische Mitbestimmung auf alle nach ThürHG  
298 anerkannten Statusgruppen an den Hochschulen ausweiten, sowie die Abschaffung  
299 der Hochschulräte forcieren. Dies kann beispielsweise über Studienkommissionen  
300 geschehen, in die Lehrende und Lernende paritätisch eingebunden sind. Wir wollen  
301 an den Hochschulen die Möglichkeit studentischer Vizepräsidentenschaft ausbauen  
302 und ein allgemeinpolitisches Mandat für die verfassten Studierendenschaften  
303 ermöglichen. Auch für Promovierende sollen die Vertretungsmöglichkeiten und  
304 Selbstverwaltungsstrukturen ausgebaut und etabliert werden. An allen Thüringer  
305 Hochschulen haben politische Hochschulgruppen zulässig zu sein.

306 Chancengleichheit und Antidiskriminierungsstrategien sollen an den Hochschulen  
307 und Forschungseinrichtungen ausgebaut werden. Deshalb muss Barrierefreiheit  
308 gegeben sein und auch Mentoringprogramme können hierbei helfen. Wir treten für  
309 eine Steigerung des Frauen-, Inter- Nicht-binär und Transanteils in  
310 Statusgruppenvertretungen und bei der Neubesetzung von Professor\*innenstellen,  
311 insbesondere in MINT-Fächern, ein. Zudem gilt es nicht-Akademiker\*innenkinder  
312 besser zu fördern, sei es bei Aufnahme des Studiums, der Reduktion der  
313 Studienabrecher\*innen oder bei der Durchlässigkeit auf dem Karriereweg in der  
314 Wissenschaft. Dazu müssen Land, Studierendenwerk und Hochschulen eng  
315 zusammenarbeiten. Über die Ziel- und Leistungsvereinbarungen soll den  
316 Hochschulen hierzu ein finanzieller Anreiz geboten werden.

317 Außerdem braucht es einen Aktionsplan des Landes zu Unterstützung der  
318 Hochschulen. Unser Ziel ist eine vielfältige, diskriminierungsfreie und  
319 couragierte Wissenschaft in kollegialer, respektvoller wie auch kritischer  
320 Kooperation aller Lernenden, Lehrenden und Forschenden. In diesem Zusammenhang  
321 wollen wir das Bildungszentrum der Polizei in Meiningen eigenständig rechtsfähig  
322 machen und in wesentlichen Teilen an das Wissenschaftsministerium angliedern.

323 Wir setzen uns für verlässliche Regeln zur Anerkennung von Studienleistungen und  
324 Abschlüssen Geflüchteter ein. Wir wollen ein Studium für Geflüchtete  
325 ermöglichen, die kein Abschlusszeugnis vorweisen können (z.B. weil es im  
326 Herkunftsland eingezogen wurde), aber die nötigen Kompetenzen aufweisen.  
327 Außerdem wollen wir internationalen Austausch und internationale Kooperationen  
328 fördern. Verfolgte Wissenschaftler\*innen müssen geschützt werden und Hochschulen  
329 ein Ort der Aufklärung bleiben.

330 Arbeitsbedingungen an Hochschulen dauerhaft verbessern:

331 Exzellente Forschung basiert auf sicheren, fairen und attraktiven  
332 Arbeitsbedingungen. Unseren Hochschulen fehlt es an Perspektiven für den

333 akademischen Nachwuchts. Ursache dafür sind unattraktive Arbeitsbedingungen und  
334 der Mangel an Zukunftssicherheit und Planbarkeit. Angesichts von Befristungen,  
335 Kurzzeitverträgen mit unsicheren Anschlussfinanzierungen, halben und  
336 Viertelstellen mit voller Arbeitsbelastung und geringer Bezahlung entscheiden  
337 sich viele junge Menschen stattdessen für eine Tätigkeit in der Wirtschaft.

338 Lösungen für dieses Problem müssen auch bei der Organisation wissenschaftlicher  
339 Arbeit gesucht werden. Deshalb unterstützen wir Hochschulen, die kollegiale  
340 Departmentstrukturen mit flachen Hierarchien und gemeinsamer demokratischer  
341 Verantwortung einführen wollen, bei der Schaffung der rechtlichen  
342 Rahmenbedingungen in diesem Prozess. Unsichere und prekäre Arbeitsbedingungen  
343 für den wissenschaftlichen Nachwuchs wollen wir reduzieren. Unsichtbare und  
344 selbstausbeuterische Arbeit wie das nicht finanzierte Schreiben von Anträgen  
345 muss verhindert werden. Unterhalb der Professur soll es mehr Dauerstellen geben.  
346 Die Laufzeit von Qualifikationsstellen soll sich an der angestrebten  
347 Qualifikation orientieren. Wir setzen uns in Land und Bund dafür ein,  
348 unterschiedliche Karrierepfade in die Wissenschaft zu öffnen, die Habilitation  
349 zu reformieren und die

350 Juniorprofessur mit Tenure-Track zu stärken. Die Gehaltsstufen von Professuren  
351 sollen an das bundesweite Gehaltsniveau angepasst werden, damit Thüringen im  
352 Vergleich zu anderen Bundesländern attraktiv bleibt.

353 Lehrbeauftragte und studentische Hilfskräfte müssen ihren tatsächlichen  
354 Leistungen entsprechend bezahlt werden. Insgesamt setzen wir uns für verbesserte  
355 Arbeitsbedingungen von Hilfskräften – unter anderem durch längere  
356 Vertragslaufzeiten und einen höheren Stundenlohn – ein, um wissenschaftlichen  
357 Nachwuchs zu fördern und nebenberufliche Beschäftigung an Universitäten für mehr  
358 Personen attraktiv zu gestalten. Wir unterstützen, dass sich Hochschulen Kodizes  
359 für faire Arbeitsbedingen – angelehnt an den Herrschinger Kodex „Gute Arbeit in  
360 der Wissenschaft“ – geben, die regelmäßig überprüft werden.

361 Vielfalt und Verantwortung in der Forschung und Digitalisierung:

362 Forschung dient allen Menschen, der Gesellschaft als Gesamtheit. Wir wollen die  
363 Diversität der Forschung stärken und auch die Forschung in sogenannten  
364 Orchideenfächern sicherstellen. Zudem müssen mehr ergebnisoffene  
365 Forschungsvorhaben möglich sein. Die Erforschung zentraler Zukunftsfragen der  
366 Menschheit, zum Beispiel Klimaschutz oder die Bewahrung von Biodiversität,  
367 wollen wir besonders fördern. Tierversuche sollen nach dem 3R-Prinzip (Replace =  
368 Ersetzen, Reduce = Verringern, Refine = Verbessern) reduziert, ersetzt und  
369 langfristig abgeschafft werden. Wir setzen uns für die konsequente Offenlegung  
370 aller Ergebnisse aus erfolgreichen und gescheiterten Tierversuchen und -  
371 experimenten ein. Die mögliche militärische Nutzung von Forschungsergebnissen  
372 wird in der Wissenschaft breit diskutiert. Wir setzen uns für die Verankerung  
373 einer Zivilklausel in der Landesverfassung ein. Es darf keinerlei Zusammenarbeit  
374 der Hochschulen mit Rüstungsproduzent\*innen und dem militärischen Komplex geben  
375 in der Landesverfassung ein. Es darf keinerlei Zusammenarbeit der Hochschulen  
376 mit Rüstungsproduzent\*innen und dem militärischen Komplex geben. Wir wollen  
377 Anreize dafür schaffen, dass sich Forschung mit innovativen und  
378 gesellschaftlichen Kernfragen, wie der ökologischen Krise oder einer  
379 zukunftsfähigen Postwachstumsgesellschaft, auseinandersetzt. Um ihrer  
380 gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden, müssen Forschungsergebnisse  
381 genauso wie die Herkunft und Verwendung von Drittmitteln veröffentlicht werden.

382 Wir dringen auf ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht in Form  
383 von open-access-Publikationen und Citizen- Science, das Lehrenden, Lernenden,  
384 Forschenden und der Zivilgesellschaft den Zugang zu Forschung und Wissen  
385 erleichtert. Die Investitionen in die Infrastruktur für bspw. Drahtlosnetzwerke,  
386 Cloud-Speicher oder Hochleistungsrechner müssen sichergestellt werden können.  
387 Digitalisierung erleichtert die Verfügbarkeit sowie die Sichtbarkeit von Wissen  
388 und den Wissenstransfer in der Lehre, Forschung und mit der interessierten  
389 Zivilgesellschaft. Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass hier  
390 weiter Ausbaubedarf besteht. Des weiteren wollen wir die Regelstudienzeit  
391 pandemiebedingt um mindestens zwei Semester verlängern.

392 Standortentwicklung - Hochschulen als Teil von lebenswerten Kommunen:

393 Attraktive Hochschulstandorte ziehen Studierende an und halten diese in  
394 Thüringen, wenn sie unter anderem ein notwendiges Umfeld für Ausgründung und der  
395 Integration von Absolvent\*innen in den Thüringer Arbeitsmarkt schaffen. Dabei  
396 leisten die Kommunen mit Hochschulen eine Vorsorgeleistung für das Flächenland  
397 und sollten entsprechende Unterstützung erhalten, um diese freiwillige Leistung zu  
398 erfüllen. Herausforderungen, wie Akademisierung, Internationalisierung und  
399 Digitalisierung erfordern es in die Standorte zu investieren, um im  
400 bundesweiten Wettbewerb, um Studierende, mitzuhalten. Wir setzen uns dafür ein,  
401 dass die kommunalen Standortentwicklungsstrategien evaluiert werden und als  
402 Hochschulstandortentwicklungsprogramm festgeschrieben werden. Dabei sollen  
403 geeignete Maßnahmen, gemäß der Strukturentwicklungsplanung der Hochschulen, mit  
404 den Kommunen entwickelt und von diesen umgesetzt werden. Die Investitionen in  
405 die Infrastruktur für bspw. Drahtlosnetzwerke, Cloud-Speicher oder  
406 Hochleistungsrechner müssen sichergestellt werden können. Digitalisierung  
407 erleichtert die Verfügbarkeit sowie die Sichtbarkeit von Wissen und den  
408 Wissenstransfer in der Lehre, Forschung und mit der interessierten  
409 Zivilgesellschaft. Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass hier  
410 weiter Ausbaubedarf besteht. Des Weiteren wollen wir die Regelstudienzeit  
411 pandemiebedingt um mindestens zwei Semester verlängern.

412 Standortentwicklung - Hochschulen als Teil von lebenswerten Kommunen:

413 Attraktive Hochschulstandorte ziehen Studierende an, und halten diese in  
414 Thüringen, wenn sie unter anderem ein notwendiges Umfeld für Ausgründung und der  
415 Integration von Absolvent\*innen in den Thüringer Arbeitsmarkt schaffen. Dabei  
416 leisten die Kommunen mit Hochschulen eine Vorsorgeleistung für das Flächenland  
417 und sollten entsprechende Unterstützung erhalten, um diese freiwillige Leistung zu  
418 erfüllen. Herausforderungen, wie Akademisierung, Internationalisierung und  
419 Digitalisierung erfordern es in die Standorte zu investieren, um im  
420 bundesweiten Wettbewerb, um Studierende, mitzuhalten. Wir setzen uns dafür ein,  
421 dass die kommunalen Standortentwicklungsstrategien evaluiert werden und als  
422 Hochschulstandortentwicklungsprogramm festgeschrieben werden. Dabei sollen  
423 geeignete

424 Maßnahmen, gemäß der Strukturentwicklungsplanung der Hochschulen, mit den  
425 Kommunen entwickelt und von diesen umgesetzt werden.